

Die verkannte Revolution

Der Weg zu einer rätedemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft

Aylin Canbek

Über Rojava hört man in Mitteleuropa kaum etwas - zu Unrecht, handelt es sich doch um eine der bedeutendsten Revolutionen der Gegenwart.

Eine Insel, mitten im Gebiet politischer Konflikte: eine zentralistische Regierung gibt es nicht. Alle Entscheidungen werden basisdemokratisch und selbstbestimmt durch Volksräte gefällt. In diesen wird die Organisierung von Kliniken, Schulen, oder Bäckereien gestaltet. Alle in der Region lebenden Menschen, unabhängig von Ethnie, Religion oder Sprache, sind in den Räten vertreten. Es besteht eine Frauenquote von 40 % in allen Verwaltungen.

Rojava ist auch eine Geschlechterrevolution. Nebst der Emanzipation von Frauen steht eine Emanzipation aller Geschlechter im Vordergrund: von Lesben, Schwulen und Transsexuellen. Dies ist nicht nur für den Mittleren Osten herausragend. Rojava, das ist ein sicherer Hafen für verfolgte Minderheiten, für Ethnien wie Araber, Armenier, Assyrer, Alewiten, Yeziden oder christliche Gemeinschaften. Nebst der Frauenquote gibt es Quoten aller Ethnien und Religionen, um eine Mitbestimmung aller Diversitäten zu gewährleisten. Hier leben Menschen unter-

schiedlichster Couleur nicht nur nebeneinander, sondern miteinander.

Abschaffung hierarchischer Strukturen

Rojava (zu Deutsch „der Westen“) wurde im November 2013 durch die kurdische *Partei der Demokratischen Union* (PYD, eine Schwesternpartei der PKK) und die christliche *Suryoye Einheitspartei* als unabhängig proklamiert.

Die Region bildet den Westen des kurdischen Siedlungsgebietes. Sie besteht aus den Kantonen *Efrîn*, *Cizîrê* und *Kobanê* und umfasst eine Bevölkerung von 2.5 Millionen Menschen. Sie befindet sich im Norden und Nordosten Syriens und grenzt somit an die Türkei, den Irak und Iran. Hintergrund ist die historisch tief verankerte Unterdrückung der KurdInnen.


Während der Lausanner Konferenz (1922 - 1923) wurde das kurdische Siedlungsgebiet als Folge des Ersten Weltkrieges zwischen verschiedenen Staaten aufgeteilt, wobei Erdölinteressen eine we-

sentliche Rolle spielten. Dies, obwohl der kurdischen Bevölkerung zuvor ein eigenes Siedlungsgebiet versprochen worden war.

Seither erstreckt sich das Siedlungsgebiet über vier Staaten: Türkei, Iran, Irak und Syrien.

In Syrien ist die kurdische Sprache seit 1958 verboten. 1961 gab es eine Ausbürgerungskampagne, wodurch 200'000 KurdInnen papierlos wurden. 1965 wurde ein „Arabischer Gürtel“ geschaffen und 140'000 KurdInnen von Grenzregionen in südliche Wüstenregionen deportiert.

Im Rahmen des syrischen Bürgerkrieges wurden 2012 die *Volksverteidigungseinheiten* (YPG) gegründet. Die ihr analoge YPJ (*Frauenverteidigungseinheiten*) ist eine reine Fraueneinheit. Die YPG und YPJ verfolgen keine politische Linie, sondern bestehen lediglich zum Zweck, die regionale Bevölkerung gegen Angriffe zu verteidigen, beispielsweise gegenüber der syrischen Armee oder aktuell



KOBANE ROJAVA KURDISTAN
In Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) entwickelt sich gerade ein Gesellschaftsmodell, welches versucht Basisdemokratie, Säkularität und feministische Emanzipation umzusetzen. Im dortigen Autonomiegebiet soll eine Gesellschaft jenseits von Nationalstaat und ethnischer oder religiöser Spaltung vorangetrieben werden. Derzeit werden diese Bestrebungen durch das Vorrücken und die Angriffe des Islamischen Staates (IS) bedroht, der im Begriff ist die eingekesselte Stadt Kobanê einzunehmen. Bis jetzt konnten die den Panzern und schweren Geschützen vom IS waffentechnisch unterlegenen Selbstverteidigungseinheiten der Autonomieregion (YPG/YPJ) zusammen mit KämpferInnen der PKK Kobanê gegen den IS verteidigen. Während die PKK in vielen Ländern noch als terroristische Organisation gilt, unterstützte der NATO-Partner Türkei lange den IS. In vielen Ländern finden seit Tagen Proteste statt, die ein Eingreifen in die Geschehnisse in Kobanê fordern.

Foto und Text von: seven resist

dem IS. Nicht nur KurdInnen kämpfen in ihren Reihen - je nach Region überwiegen AssyrerInnen (syrische ChristInnen) oder AraberInnen, in manchen Regionen überwiegen Frauen. YPG und YPJ sehen sich nicht als als Verteidiger der kurdischen Bevölkerung, sondern aller unterdrückten und verfolgten Ethnien in der Region. Als der IS jüngst YezidInnen angriff, schritten die beiden Einheiten ein, so dass Tausenden von Menschen das Leben gerettet werden konnte.

Während sich die PYD und PKK initial als sozialistische Organisationen verstanden, kam es in den vergangenen Jahren zu einem Wechsel der politischen Ausrichtung. Die Idee des „Demokratischen Konföderalismus“ wurde entwickelt und 2005 als politisches Konzept proklamiert. Ziel ist es, eine nichtstaatliche, demokratisch-ökologische und selbstverwaltete Gesellschaft zu etablieren. Nebst dem Staat sollen alle Hierarchien abgeschafft werden. Dies soll erreicht werden durch lokale, basisdemokratische Strukturen. Die Idee bewegt sich im libertären Spektrum und wurde stark beeinflusst durch Schriften des Öko-Anarchisten Murray Bookchin, aber auch durch Bakunin, Kropotkin und Zerzan.

Nach der Einnahme Rojavas wäre es der PYD ein Leichtes gewesen, einen kurdischen Staat mit Vorherrschaft durch die eigene Partei zu gründen. Darauf wurde jedoch verzichtet.

Im Gegenteil: Strukturen, die zuvor der PYD unterstanden, wurden an die Bevölkerung übergeben. Zentrale Strukturen wurden dezentralisiert.

Selbstverwaltung ist Befreiung

Nach der Gründung Rojavas wurde begonnen, Strukturen für eine kollektive Selbstverwaltung zu schaffen. Entscheidungen werden nun in den Volksversammlungen (Räten) gefällt, die aus der lokalen Bevölkerung bestehen - und somit aus den verschiedensten Ethnien, Religionen, Alters- und Berufsgruppen. Betrachtet man die Volksversammlungen von der kleinsten zur grössten Ebene, existieren zunächst die lokalen Kommunen, von denen es in jedem Stadtteil mehrere gibt. In den Kommunen wiederum gibt es verschiedene Komitees, so z.B. ein Komitee für Gesundheit, Bildung, Lebensmittel, Benzin, Reinigung, Transport, Ökologie, Technik oder Medien.

Nach den Kommunen kommen auf der nächst höheren Ebene die lokalen Versammlungen, dann die Städteversammlungen und schliesslich die Regionsversammlungen. Jede Versammlung besteht aus Vorsitzenden der jeweils kleineren Versammlungseinheit. Die Vorsitzenden sind allerdings nicht



alleine entscheidungsmächtig, sondern lediglich Delegierte der im Kollektiv getroffenen Entscheidungen. Die Besetzung dieses Amtes ist nicht fix, sondern rotiert ständig. Entscheidungen werden auf der jeweils kleinstmöglichen Ebene gefällt. Ist dies nicht möglich, erfolgt eine Delegation an die nächsthöhere Instanz.

In den Räten sind nebst parteilosen Individuen auch alle Parteien vertreten. Allerdings sind es nicht die Parteien, welche die Versammlungen verwalten, sondern die Tev-Dem (*Bewegung für eine Demokratische Gesellschaft in Westkurdistan*). Hierbei handelt es sich um eine übergeordnete Koordinationsstruktur. Auch hier partizipieren alle BewohnerInnen der Region und Mitglieder der Kommunen. Die Tev-Dem beinhaltet zwar Parteien als Mitglieder, wie z.B. die PYD oder Frauen- und Jugendorganisationen. Sie agiert jedoch autonom anhand der Entscheidungen, die ihre Mitglieder fällen. Dies kann der Linie der Parteien widersprechen.

Vor Errichtung von Rojava, während des Baath-Regimes, war die Region vernachlässigt. Es fehlte an Strukturen, um die grundlegendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Nun gibt es ein funktionierendes Müllabfuhrsystem. Es besteht eine kostenlose Gesundheitsversorgung. Der Aufbau einer Universität ist in Planung. Aufgrund der Autonomie und Selbstverwaltung von kleinen bis hin zu grösseren Strukturen, wäre jede Region imstande, weiterzubestehen, auch ohne die anderen Regionen. „Eine Gesellschaft, die sich selbst verwalten kann, ist eine befreite Gesellschaft“, so Asya Abdullah, Vorsitzende der PYD.

Alternativen anstelle von Verboten

Die ökonomischen Strukturen bestehen grösstenteils aus Kooperativen. Ein kapi-

talistisches Wirtschaftssystem wird abgelehnt. Ziel ist eine Ökonomie, die sich an lokalen Bedürfnissen anstelle von Gewinnen orientiert.

Privateigentum wurde nicht verboten, da dies als Widerspruch zu den basisdemokratischen Strukturen verstanden wird. Verbote würden Zentralisierung und Machtmonopol bedeuten. De facto käme dies einer staatlichen Gesellschaftsstruktur gleich. Stattdessen wird versucht, alternative Strukturen zu stärken, und ein Bewusstsein von Kollektivität und Solidarität zu schaffen, in welchem Eigentum nicht mehr erstrebenswert ist. Ein Teil dieser Strategie ist die Gründung und Stärkung von Kooperativen. In der Region des Mittleren Ostens ist Feudalherrschaft stark verankert. Grundbesitzer lassen landlose ArbeiterInnen für sich arbeiten. In Rojava gibt es nur noch vereinzelt solche Strukturen. Ein weiteres Ziel ist es, die Umwelt so wenig wie nur möglich zu belasten. Agraringenieure in den Kommunen untersuchen daher die Voraussetzungen für den Anbau von Gemüse und Obst.

Umwälzung des Bildungssystems

Umgewälzt wurden auch die Schulen und Hochschulen in Rojava. Durch Bildung wird versucht, konservative, religiöse und separatistische Dogmen zunehmend zu überwinden.

Anstelle eines paternalistischen Erziehungssystems wird eine gleichgestellte Beziehung zwischen SchülerInnen und LehrerInnen angestrebt. Vor der Befreiung Rojavas wurde eine einzige Sprache gelehrt, eine einzige Flagge akzeptiert. Assyrische, kurdische und arabische Kinder besuchten unterschiedliche Schulen. Mittlerweile ist der Unterricht gemischt. Es werden mehrere Sprachen gelehrt. So werden Sprachen gefördert, die vom Aussterben bedroht sind, wie z.B. Aramäisch. Nebst den regulären Fächern

werden auch Soziologie und Jineoloji gelehrt. Bei letzterer handelt es sich um einen feministischen Wissenschaftsansatz, in welchem dem patriarchalen Selbstverständnis von Wissenschaft eine feministische Alternative entgegengestellt wird.

Tatsächlich handelt es sich bei der Revolution in Rojava vor allen Dingen um eine Revolution der Frauen. Wie immens der erreichte Sinneswandel ist, wird noch offensichtlicher, wenn man sie in Relation zur zuvor herrschenden patriarchalen Realität setzt.

Frauen, die ohne männliche Begleitung (und sei es der 5-jährige Sohn) keinen Fuss vor die Türe setzen können. Frauen, die nicht im gleichen Raum wie Männer essen dürfen, weil es als obszön gilt, wenn Frauen den Mund öffnen. Frauen, die sogar zur Wahrung der „Familienehre“ getötet werden, wenn sie vergewaltigt werden, da sie dann nicht als Opfer, sondern als „beschmutzt“ gelten.

Heutzutage ist es in Rojava, aber auch in anderen Regionen, in denen die kurdische Bewegung präsent ist, gang und gäbe, dass Frauen sich engagieren und mitbestimmen. Auch ausserhalb Syriens, beispielsweise in der Türkei, sind Frauen BürgermeisterInnen, unter ihnen lesbische Frauen und Transfrauen.

Eine Revolution der Frauen

In allen drei Kantonen gibt es Frauenakademien. „Solange sich die Frauen nicht selbst befreien, kann keine Revolution Bestand haben“, so die Besucherin einer Akademie. Teilnehmerinnen sind Frauen jeglichen Alters, manche Analphabetinnen, andere Akademikerinnen, wieder andere haben zuvor in den Reihen der YPJ-Guerilla gekämpft. Während es an klassischen Akademien Lehrerinnen und Schülerinnen gibt, wurden diese Verhältnisse hier über Bord geworfen. Jede Frau ist gleichzeitig Lehrerin **und** Schülerin. Jede teilt ihr Wissen, ihre Erfahrungen, und lernt gleichzeitig von den Anderen. Zusammen ausgearbeitet wird beispielsweise die Geschichte der Menschheit bis zur kapitalistischen Moderne.

Ein weiterer Schwerpunkt ist der Einfluss des Patriarchats auf alle Herrschaftsbeziehungen, wie beispielsweise Nationalismus. Eine Frau erzählt, wie die Revolution den Alltag der Frauen verändert hat. Mittlerweile seien die Häuser leer, die Frauen auf der Strasse. Auch Jugendliche und ältere Menschen, deren Leben sich zuvor grösstenteils zuhause abspielte, sind draussen, organisieren sich, sind Teil der Revolution, die draussen gelebt wird. Die Struktur der traditionellen Familie hat sich gewandelt in kommunale Strukturen. Es gibt diverse Jugendorganisationen, die sich unab-



hängig organisieren. Sie alle nehmen teil an den Volksräten und bestimmen mit. Auf der Strasse und in den Schulen organisieren sie sich, bilden eigene Komitees zu Themen wie Medien, Kultur oder Kunst. Im Interview sprechen die Jugendlichen darüber, dass sie nebst der gesellschaftlichen eine geistige Revolution wollen, „so, wie die 68er Bewegung“. Die *Bewegung junger Frauen* kritisiert, dass bisher in der Volksversammlung keine Jugendquote eingeführt worden ist und möchte sich dafür einsetzen.

Angriff von allen Seiten

Die Bevölkerung in Rojava hat sich entschieden, einen dritten Weg zu gehen, anstatt Partei zu ergreifen auf Seiten staatlicher Regime oder islamistischer Kräfte. Das schafft aber auch viele Feinde.

Nebst der Schwierigkeit, selbstverwaltete Strukturen aufzubauen, sieht sich die Bevölkerung mit Angriffen von aussen konfrontiert: vom Assad-Regime, dessen GegnerInnen oder der Türkei. Dem IS ist Rojava ebenfalls ein Dorn im Auge. Nebst direkten Angriffen werden Mafia und Drogenbanden infiltriert, um Rojava zu schwächen. Die Spuren dieser Angriffe sind überall. Auf den Strassen prangen zerbombte Häuser. Die Wände in den Schulen sind durch Schüsse gelöchert, Kirchen von Armeniern und As-

syriern liegen nach Angriffen durch den IS in Trümmern. LehrerInnen werden angegriffen, Kinder entführt.

Strukturen zum Schutz vor Angriffen sind da unabdingbar. Während 24 Stunden wird Wache gehalten, auch an den Schulen und Frauenakademien.

Im Rahmen der aktuellen Konflikte in der Region sind Millionen von Menschen geflüchtet - viele davon nach Rojava. Jedoch kontrollieren sowohl umgebende Regierungen, als auch der IS die Grenzen und verhindern Import wie Export. Es fehlt an Lebensmitteln, Medikamenten, medizinischer Versorgung, Unterkünften. Die Stromversorgung wurde durch die IS gekappt, die Wasserversorgung ist zusammengebrochen. Grenzländer werden durch den IS angegriffen. Hunderte von Menschen sind bereits ums Leben gekommen. Zusätzlich leiden die Menschen Hunger, sind obdachlos oder sterben durch Krankheiten. Epidemien wie Tuberkulose oder Hepatitis B greifen um sich.

Rojava ist als autonomes, basisdemokratisches Projekt akut bedroht und damit alle Menschen, die hier Zuflucht gefunden haben. Rojava ist einzigartig auf der Welt. Es ist ein politisches Konzept, welches Hoffnung macht und weitere, ähnliche Strukturen hervorbringen kann. Es benötigt dringend unsere Solidarität.

Solikonto: Heyva Sor A Kurdistan Schweiz, Zürich
Kontonummer: 80-017192-8
Zahlungszweck: Stop Isis
PostFinance AG IBAN: CH020900000800171928
BIC/SWIFT : POFICHBEXXX

Quellen: Texte Ibrahim Okcuoglus, das Kurdische Forschungszentrum sowie persönliche Interviews und Recherchen.

Dieser Artikel erschien zuerst im Vorwärts, der zweiwöchentlich erscheinenden sozialistischen Zeitung der Schweiz.